

KURZ UND PRÄGNANT

Tarifeinheitengesetz ist verfassungswidrig

Zur Verabschiedung des Tarifeinheitgesetzes am 22. Mai im Bundestag erklärte Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Das Tarifeinheitgesetz ist eine verfassungswidrige Einschränkung des Streikrechts, es zielt darauf ab, die Rechte von Minderheitengewerkschaften zu beschneiden. Die SPD stellt sich auf Bundesebene gegen die Interessen der Beschäftigten, die sich in diesem Land gewerkschaftlich engagieren.“

Dabei werde besonders in den potenziell betroffenen kleinen Gewerkschaften das verfassungsrechtlich garantierte Streikrecht ausgehebelt. Bei konkurrierenden Gewerkschaften in einem Betrieb solle künftig nur der Tarifvertrag derjenigen Organisation anwendbar sein, die dort die meisten Mitglieder hat.

„Das ist doch eine Einladung an Unternehmen, sich so aufzustellen, dass Spartengewerkschaften gar keine Chance haben, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten“, kritisierte Rainer Kräuter scharf. Umgehend und sobald das Gesetz im Gesetzesblatt steht, wollen mehrere Gewerkschaften Klage vor dem Bundesverfassungsgericht einreichen, unter ihnen der Deutsche Beamtenbund und die Ärztegewerkschaft Marburger Bund. ■

„Voll solidarisch“ mit streikenden Erzieherinnen

Torsten Wolf in der Landtagsdebatte zum Thema: „Frühkindliche Bildung für alle fördern“

Mit der Aktuellen Stunde zum Thema „Moderne Bildungspolitik jetzt: Frühkindliche Bildung für alle fördern“ gehe es der Linksfraktion um die neuen Herausforderungen einer gelingenden frühkindlichen Bildungspolitik, so der bildungspolitische Sprecher der LINKEN, Torsten Wolf, in seiner Rede im Landtag am 27. Mai.

Er verwies dabei auf den Thüringer Bildungsplan für Kinder bis zehn Jahre, der geprägt ist von einem am Kind orientierten, emanzipatorischen und partizipativen Ansatz, ganz im Sinne von Friedrich Fröbel: „Bei der Erziehung muss man etwas aus dem Menschen herausbringen und nicht in ihn hinein.“

Torsten Wolf sagte mit Blick auf das Thüringer Kindertagesstättengesetz, dass die hier „festgeschriebenen Standards unter Beteiligung der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteure nach der kontroversen Auseinandersetzung mit der CDU-Familienpolitik“ festgelegt wurden.

Zuvor habe der frühere CDU-Finanzminister eine Standardabsenkung im Bereich Personal vorangetrieben, „welche zum Ziel hatte, pädagogische Arbeit schrittweise zu entwerten und geringer zu entlohnen“. Der LINKE-Abgeordnete weiter: „Thüringen hat seitdem einen vorderen Platz in der Kita-Finanzierung

eingenommen, seit 2009 gut 2.600 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher eingestellt und wir sind alle gehalten, dies auch unter schwierigen Haushaltsbedingungen weiter fortzuschreiben.“

Nur ein Drittel des pädagogischen Personals arbeitet in Vollzeit

Mit Verweis auf die mdr-Sendung „Fakt ist“ zum Thema „Streitpunkt Kita – Was ist Kinderbetreuung wert?“ am 18. Mai und den dort unterbreiteten Vorschlägen seiner Fraktionskollegin Margit Jung, sagte Torsten Wolf, dass es gelte, diese zu diskutieren, „denn nur, wenn das vom Land für die frühkindliche Bildung zur Verfügung gestellte Geld auch in den Kitas und bei den Tagesmüttern und -vätern auch wirklich ankommt und nicht über die Schlüsselmasse in Haushalts- und sonstigen Löchern in den Kommunen verschwindet, werden wir die hohen Thüringer Standards halten und zusätzliche Verbesserungen im System, ob über Gebührenfreiheit und/oder Betreuungsschlüssel, ermöglichen können“.

„Davon bin ich fest überzeugt und genau das sind die überwiegenden Erwartungen der Eltern und Träger an eine gerechte frühkindliche Bildungspolitik.“ Natürlich müssten sich die Kitas, „genau wie die gesamte Gesellschaft und insbe-

sondere der Bildungsbereich, immer wieder Herausforderungen stellen, welche sie meistern werden, wenn sie die entsprechende gesellschaftspolitische Unterstützung erhalten“.

Auf die auch von der Landeselternvertretung Kitas in Thüringen seit Jahren geforderte bessere tarifgerechte Bezahlung der Beschäftigten eingehend, betonte der Abgeordnete, dass die Linksfraktion „voll solidarisch mit den derzeit streikenden Erzieherinnen und Erziehern“ ist.

Dabei gehe es auch um eine deutliche Aufwertung des Berufs als pädagogischer Beruf, der in den letzten 20 Jahren eine deutliche Wandlung erfahren hat. Torsten Wolf unterstrich die hohe Verantwortung und Belastung. „Hier sei darauf verwiesen dass die Burn-out-Erkrankungen bei Erzieherinnen und Lehrern vergleichbar hohe Werte haben, und es ist zu hinterfragen, warum eine Aufwertung über die Entgeltgruppen nicht realisierbar ist und in einer Tarifverhandlung dazu noch kein akzeptables Angebot vorliegt.“

Er hoffe, dass „wir nicht einen zehnwöchigen Streik brauchen, um endlich zu einem Ergebnis zu kommen. Hinzu komme, in Thüringen arbeite lediglich ein Drittel des pädagogischen Personals in Vollzeit, „was die Einkommenssituation noch einmal verschärft“. ■

Mit Birgit Kelle, „Kämpferin eines neuen Feminismus“, am rechten Rand fischen

Als „umstrittene Publizistin“ wird Birgit Kelle in vielen Medien apostrophiert, sie selbst sieht sich als Kämpferin eines neuen Feminismus. Kelle, 1975 in Rumänien geboren, lebt seit 1984 in der Bundesrepublik. Sie brach ein Studium der Rechtswissenschaft in Freiburg ab, um Journalistin zu werden. Heute gilt die Mutter von vier Kindern als Star der Wutbürgerzene. Inhaltlich bewegt sie sich zwischen Rechtspopulismus und Verschwörungstheorie.

In einer aktuellen Veröffentlichung beschwört Kelle etwa die „Risikofaktoren“ der Krippenbetreuung von Kindern, die sie für allerlei schlimme – nur leider noch nicht erforschte und somit letztlich unbekannte – Krankheiten verantwortlich macht. Ausgerechnet Kelle wurde unter dem Titel „Erziehungsgeld – Quo Vadis?“ am 22. April von der CDU-Landtagsfraktion eingeladen. Das Ansinnen der Thüringer Regierungskoalition, das Landeserziehungsgeld (die „Althaus-Herdprämie“) abzuschaffen und die Mittel für ein beitragsfreies Kita-Jahr einzusetzen, weckt bei wackeren Christdemokraten den Furor. Auf der Homepage der CDU Thüringen firmierte die Veranstaltung denn auch gleich als „Familienforum“,

zu Gast sei „u.a. die bekannte Journalistin Birgit Kelle“. Eingeladen wurde ausdrücklich zu einer „spannenden Veranstaltung“, die es dann auch wurde: Zwei junge Frauen unterbrachen ein Statement Kelles mit Zwischenrufen – zogen sich die Blusen aus (wodurch der Schriftzug „Gender + Kelle = Gaga“ sichtbar wurde) und warfen Konfetti. Die Frauen bezeichneten sich als „Nacktivistinnen“ und gehören zur Gruppe „Hinter den Brüsten“. (Foto: Bericht TLZ v. 23.5.) Sie werfen Kelle vor, die sei zwar CDU-Politikerin, arbeite aber „herzlich gerne mit der AfD zusammen“. Zudem verweisen sie auf Kontakte zur neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Den Vorwurf, mit Rechtspopulisten gemeinsame Sache zu machen, beweist Kelle selbst durch die Autorenschaft bei rechtslastigen Publikationen wie „Junge Freiheit“, „eigentlich frei“ oder „Freie Welt“ (gehört zum Umfeld der

AfD-Politikerin Beatrix von Storch). Den Katholizismus vertritt sie mit dem Eifer der Konvertitin (sie trat der katholischen Kirche erst 2011 bei) beispielsweise im „kath.net“, einer Internetseite, die laut „Spiegel“ tätig ist, um den „rechten Rand der Kirche zu munitio-



nieren“. Der Publizist Andreas Kemper hat Kelle im September 2014 in der „tageszeitung“ vorgeworfen, sie sei Rednerin bei einer Reihe von Veranstaltungen des „Regnum Christi“ gewesen, einer Unterorganisation der erzkonservativen katholischen Bruderschaft „Legionäre Christi“. Dieser Orden sei, so Kemper, „beim Vatikan eine Zeit lang in Ungnade gefallen, als die sexualisierte Gewalt in den Knaben-

minaren bekannt wurde, die vom Gründer der Legionäre Christi ausging“. Der Orden, inzwischen wieder besser gelitten, bildet laut Kemper auch „Exorzisten“ aus. Doch auch für die CDU Thüringen ist Kelle keine Unbekannte: schon im Mai 2014 war sie Gast beim Katholischen Arbeitskreis der CDU Thüringen. Der demagogische Titel der Veranstaltung: „Genderwahn und Bildungsideologie“. Bei Thüringens CDU-Katholiken ist auch der andere Teil des agilen Unternehmens Kelle präsent: Ehemann Klaus war im März 2015 in Erfurt zum Thema „Political Correctness – Wie gut sind Deutschlands Medien?“ zu Gange. Dort muss Herr Kelle – folgt man den Informationen des Arbeitskreises – „in gemütlicher Runde u.a. über den Einfluss der Medien und die letzte Landtagswahl in Thüringen“ schwadroniert haben. Verklauusulierter Vorwurf der CDU-Katholiken: Journalisten würden „nicht die derzeitigen politischen Mehrheitsverhältnisse in Deutschland eins zu eins abbilden“. Wer allen Ernstes behauptet, durch parteiische Berichterstattung der Thüringer Medien sei die CDU nicht mehr in der Landesregierung, der dürfte freilich noch nie eines der einheimischen Blätter aufgeschlagen haben.

Stefan Wogawa ■